



Den Erfolgskurs kreativ weiterführen

Der Parteitag der SP Basel-Stadt vom 6. Januar 2010 in Riehen stand unter dem Motto «SP im Aufbruch». Trotz gutem Leistungsausweis in den letzten Jahren, den kürzlich auch der Chefredaktor der «Basler Zeitung»



anerkannt hat, sind wir als SP in Zeiten der Wirtschaftskrise stärker denn je gefordert, alles zu unternehmen, damit sich die Situation vieler Menschen in Basel nicht noch weiter verschlechtert. Dazu gilt es als Erstes, die Steuersenkungsvorhaben, wie sie von bürgerlicher Seite mit der so genannten Mittelstandsinitiative und der Anrechnung der Gewinn- und Kapitalsteuer bei den Unternehmen gefordert wird, zu verhindern. Denn davon würden allein die Besserverdienenden profitieren. Der Kanton braucht aber die finanziellen Mittel, um angesichts der höheren Belastungen und der

wegen der Wirtschaftskrise schwindenden Einnahmen weiterhin seine zentralen Aufgaben wahrnehmen zu können. Er verliert sonst jeglichen Handlungsspielraum, um in den für die Zukunft von Basel zentralen Bereichen wie zum Beispiel Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit weiterhin investieren zu können. Die gute Lebensqualität in einem urbanen Raum wie Basel müssen wir mit Sorgfalt weiterentwickeln, damit es auch in Zukunft attraktiv ist, in Basel zu wohnen. Dazu gehört ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr.

Beim Thema Sicherheit wollen wir den populistischen und pauschalen Vorurteilen entgegentreten. Sicherheit bedeutet für uns mehr – nämlich auch soziale Sicherheit für die schwächsten Einwohnerinnen und Einwohner, Arbeitsplatzsicherheit und genügend Ausbildungsplätze für junge Menschen.

Weiter wollen wir den Ausländerinnen und Ausländern, die schon lange bei uns leben, endlich eine Stimme geben, indem wir die Initiative für das Ausländerstimmrecht zum Erfolg führen. Mit dem Ausbau der Tageschulen sollen die Bildungschancen für alle verbessert und zugleich der Anspruch auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter gleichberechtigt eingelöst werden.

Darüber hinaus sind wir gefordert, kreative Lösungen im sich wandelnden Schulsystem, bei der Berufsbildung und beim Angebot von Lehrstellen und von Jobs für alle Schichten und Qualifikationen zu finden. Wir setzen uns ein für Kultur- und Freiräume für die Jugend und für bezahlbaren Wohnraum. Im März gilt es, dafür zu kämpfen, dass ein Nebeneinander von Wohnungen, Freizeitaktivitäten und Grünraum auf dem Landhof möglich wird und so das Wettstein-Quartier und das Kleinbasel als Ganzes gestärkt werden.

Unsere Anstrengungen werden aber nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es uns wieder besser gelingt, die Menschen mit einer klaren und einfachen, aber nicht vereinfachenden Sprache von unserer Politik zu überzeugen.

Martin Lüchinger, Präsident SP Basel-Stadt

Für Verteilungs- und Steuergerechtigkeit

Die konkreten Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Alltag der Betroffenen entziehen sich der medialen Aufmerksamkeit. Sie sind aber unbestreitbar. Die Arbeitslosenquote hat im Baselbiet im letzten Jahr



von 2,5 auf 3,9 Prozent zugenommen. Und sie wird weiter steigen. Der Krankenkassenprämienanstieg von durchschnittlich 11 Prozent im Baselbiet wird das verfügbare Einkommen merklich einschränken. Zu spüren bekommen das vor allem Menschen in prekärer wirtschaftlicher Situation – Alleinerziehende und vielköpfige Familien. Nicht von ungefähr hat die Caritas die Forderung nach einer Halbierung der Armut in der Schweiz auf die politische Agenda gesetzt.

Und was tut die Politik? Die Wirtschaftsverbände und in ihrem Schlepptau die bürgerlichen Parteien, die noch vor einem Jahr zur Rettung der Banken nach dem starken Staat gerufen haben, verlangen den blanken Sozialabbau! Mit dem Rentenklau durch die Reduktion des Umwandlungssatzes bei der 2. Säule. Bei der Revision des Arbeitslosengesetzes, indem für die Jungen, bei denen die Arbeitslosenquote am höchsten ist, die Leistungen gekürzt werden. Gleichzeitig ist – selbst nach den Steuergeschenken der letzten Jahre von über 100 Millionen Franken pro Jahr – von weiteren Steuersenkungen die Rede. Die Schere zwischen den unteren und den oberen Einkommen würde sich weiter öffnen. Die sozialen Unterschiede würden weiter zunehmen.

Dagegen müssen und werden wir uns wehren. Wir tun dies bei der Abstimmung vom 7. März gegen den Rentenklau. Wir tun dies, indem wir für Verteilungs- und Steuergerechtigkeit kämpfen. Etwa durch die Lancierung einer Initiative gegen die Pauschalbesteuerung, wie es die SP Baselland im Sinne hat. Oder durch die Unterstützung der 1:12-Initiative der JUSO gegen die Lohnexzesse in den Chefetagen. Wir setzen auf Steuergerechtigkeit mit der Steuergerechtigkeitsinitiative der SP Schweiz. Zur Unterstützung von Familien in prekären finanziellen Verhältnissen bereitet die SP Baselland ausserdem eine Initiative für die Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen vor.

Die Stärke unseres Volkes messe sich am Wohl der Schwachen, heisst es in unserer Bundesverfassung. Ein so schönes Wort gehört nicht nur in die Präambel der Verfassung. Es gehört auch auf die politische Agenda. Es zwingt, genau hinzuschauen, wer welche Politik vertritt. Und danach zu wählen.

Martin Rüegg, Präsident SP Baselland



© Claude Giger

Mit der temporären Besetzung der Uni-Aula im Kollegiengebäude (Foto) wollten die Studierenden ihrer Forderung Nachdruck verleihen nach einer Hochschule, wo unabhängig gelehrt, gelernt und geforscht wird.

RÜCKBLICK AUF DIE BESETZUNG DER UNIVERSITÄT AUS STUDENTENPOLITISCHER SICHT

Eine unabhängige Uni für alle

Die Besetzung der Universität Basel durch einen Teil der Studierenden ist seit über einem Monat Geschichte. Sieben Tage lang war die Aula in den Händen von rund hundert Studierenden. Sarah Wyss

Im Innenhof wurde veganisch gekocht, in der Garderobe, die zum Medienzentrum umfunktioniert worden war, liefen die Drähte heiss. Und drinnen in der Aula diskutierten wir jeweils bis in die Morgenstunden hinein über die universitären Strukturen: über Missstände, Ungerechtigkeiten und Zweifel an der Richtigkeit des «Bologna»-Systems, das versuchen wollte, das Studieren zu vereinfachen. Über die Präsenzkontrollen, die dazu führten, dass man am Anfang per Unterschrift Präsenz markierte und sich danach «aus dem Staub machte» oder während der Vorlesung im Internet surfte. Der so genannte «Bummelstudent», dessen erstes Ziel es nicht war, möglichst schnell all seine Kreditpunkte zu sammeln, sondern den Inhalt der Materie zu erfassen, ist im «Bologna»-System nicht mehr erwünscht.

Es trifft zu, dass überdurchschnittlich viele Studierende aus der Philosophisch-Historischen Fakultät an den Protestaktionen beteiligt waren. Die häufig gehörte Kritik, dass diese hundert Studentinnen und Studenten nicht

die gesamte Studentenschaft vertreten würden, wagen wir gleichwohl zu dementieren: Die NaturwissenschaftlerInnen sind eben häufig nicht so stark vom «Bologna»-System betroffen, da es bereits früher ähnliche Strukturen gegeben hat, die nach Ansicht vieler StudentInnen an dieser Fakultät perfekt auf ihr Studium zugeschnitten sind. Zudem profitieren viele von ihnen von der Finanzierung der Uni, die darauf bedacht ist, die «wirtschaftliche Rentabilität» eines Studiengangs zu berechnen.

Nach einer Woche wurde die Unibesetzung basisdemokratisch aufgehoben, das errichtete autonome «Studicafé» ist jedoch nach wie vor in Betrieb. Und auch die Arbeit der Bewegung «unsereUni» geht weiter. Die Forderungen, die wir an stundenlangen basisdemokratischen Plenumstreffen ausformuliert haben, sind auf dem Weg zu einer versuchsweisen Umsetzung.

Auch die JUSO beteiligten sich an den Protesten, die das sonst eher ruhige Universitätsleben während einer Woche aufgeschreckt haben. Viele Studierende können sich mit den Forderungen des Protestes identifizieren; dass diese mit einer Besetzung durchgesetzt werden sollten, stiess allerdings bei vielen Studentinnen und Studenten auf Unverständnis. In Bezug auf die Abschaffung der Präsenzkontrollen, die Offenlegung der Finanzierung der Studiengänge und die Reintegration des Reinigungspersonals in die universitären Strukturen

ist ein Konsens vorhanden. Die Forderung zur Abschaffung der Studiengebühren hingegen sorgte auch bei der JUSO für kontroverse Diskussionen. Während einige das Stipendienwesen ausbauen wollen, möchten andere die Studiengebühren abschaffen.

Das Bildungswesen ist schweizweit im Umbruch – auch die Universität, die noch mit der Umsetzung des «Bologna»-Systems zu kämpfen hat. Eine Harmonisierung ist bereits in der Grundstufe schwierig zu erreichen und wird auch national und international mit dem «Bologna»-System nicht alle Probleme aus dem Weg räumen. Doch wir sind überzeugt, dass die Anpassung des Bildungswesens – von der Grundschule über die Lehrlingsstellen bis hin zur Universität – eine grosse Herausforderung ist. Es erscheint ebenfalls als zweifelhaft, ob der gewählte und vorgezeichnete Weg zu dem Ziel führt, das wir uns wünschen: eine Universität für alle, unabhängig vom sozialen und finanziellen Status, unabhängig von der Grossindustrie, die sich in Studiengänge «einkauft», um dort diejenigen künftigen Mitarbeitenden auszubilden, die ihr am meisten profitversprechend erscheinen. Wir möchten eine Universität, wo unabhängig gelehrt, gelernt und geforscht wird. Die Besetzung der Universität war dafür ein Signal.

MENTORING-PROGRAMM DER SP BASELLAND

Einen Platz in der Politik finden

Was bringt eine oder einen dazu, Politik zu betreiben – und dabei zu bleiben? Wie funktioniert eigentlich ein Gemeinderat, ein Kantonsparlament oder die Berner Bundespolitik? Wie kann ich selber aktiv sein, ohne gleich vereinnahmt zu werden? Wie kann ich meine persönlichen Interessen und Fähigkeiten in mein politisches Engagement einbringen? Wo finde ich meinen Platz in meiner SP-Sektion? Ruedi Brassel

Fragen, die viele mit sich herumtragen und die manchen den Einstieg in die Politik erschweren. Das Mentoring-Projekt der SP Baselland will diesen Fragen Raum geben. Wer ins Mentoring-Programm einsteigt, erhält die Möglichkeit, sich im persönlichen Kontakt mit einem Mentor oder einer Mentorin ein halbes Jahr lang ein Bild zu machen vom politischen Aktivsein, Erfahrungen zu sammeln, Fragen zu stellen und nach dem eigenen Weg in die Politik zu suchen.

Ziel des Programms ist es, mögliche politische EinsteigerInnen zu diesem Schritt zu ermutigen. Dass dies gelingen kann, hat die SP des Kantons Zürich gezeigt, wo letztes Jahr ein ähnliches Mentoring-Programm durchgeführt worden ist. Mit grossem Erfolg. Von den 43

Mentoring-Paaren haben in den sieben Monaten Laufzeit bis auf eines alle nicht nur durchgehalten, sondern grossen Gewinn aus den Erfahrungen gezogen.

Ein Programm für Mentees ...

Wer Interesse daran hat, als Mentee zwischen April und Oktober sich monatlich mit einem Mentor oder einer Mentorin zu treffen, ein individuell abgestimmtes Programm zusammenzustellen und so Einblicke ins konkrete politische Engagement zu gewinnen, meldet sich bis Mitte Februar mit dem untenstehenden Talon bei Sekretariat der SP Baselland.

Bis zum April erfolgten dann die Kontaktaufnahme durch die Projektleitung und das Zusammenstellen der Mentoring-Teams gemäss den angemeldeten Inter-

essen. Anschliessend werden individuelle Ziele vereinbart. Der Start erfolgt an einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung am 16. April. Der Schluss fällt zusammen mit dem Wahlparteitag und Fest der SP Baselland am 6. November. Dazwischen liegen die etwa vier bis sechs frei zu vereinbarenden Treffen.

... und ein Programm für die MentorInnen

Aber es schaut nicht nur für die Mentees etwas heraus. Auch jene, die sich als Mentoren oder Mentorinnen zur Verfügung stellen, können von der vorübergehenden Zusammenarbeit profitieren. Indem sie gezwungen sind, ihre eigene Arbeit zu reflektieren, indem sie auf neue Fragen gestossen werden und scheinbar Selbstverständliches in neuem Licht erscheinen kann.



Ruedi Brassel
Landrat und
Parteisekretär SP BL

ANMELDUNG MENTORING-PROJEKT SP BASELLAND

- Ich interessiere mich als Mentee Ich stehe als MentorIn zur Verfügung

Bevorzugte (politische) Interessengebiete (es können mehrere Kästchen angekreuzt werden)

- | | | |
|----------------------------------------------|---------------------------------------------|------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Gemeindepolitik | <input type="checkbox"/> kantonale Politik | <input type="checkbox"/> Bundespolitik |
| <input type="checkbox"/> Sozialpolitik | <input type="checkbox"/> Wirtschaftspolitik | <input type="checkbox"/> Umwelt-, Naturschutz |
| <input type="checkbox"/> Bildungspolitik | <input type="checkbox"/> Friedenspolitik | <input type="checkbox"/> Energiepolitik |
| <input type="checkbox"/> Integrationspolitik | <input type="checkbox"/> Raumplanung | <input type="checkbox"/> Öffentlichkeitsarbeit |
| <input type="checkbox"/> Gesundheitspolitik | <input type="checkbox"/> Kultur und Sport | <input type="checkbox"/> Neue Medien |

Name Vorname Alter

Adresse PLZ/Ort

E-Mail Telefon/Natel

Weitere Interessen und Bemerkungen

AGENDA

Montag, 25. Januar
Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt
Volkshaus, Unionssaal, Rebgasse, 20 Uhr

Mittwoch, 3. Februar
HeuBar, für GenossInnen und solche, die es werden wollen. Polit-Diskussionen, Klatsch und Gespräche.
Immer am ersten Mittwoch im Monat von 18 bis 21 Uhr

Donnerstag, 4. Februar
Delegiertenversammlung der SP BL
Liestal, Martinshof, 19.30 Uhr

Samstag, 6. Februar
Mitenandfest
Kirchgemeindehaus Pratteln (St. Jakobsstrasse 1), ab 14 Uhr
Kindernachmittag, ab 18 Uhr
Abendprogramm und -essen

Donnerstag, 11. Februar
Partei Vorstand SP Basel-Stadt
Gewerkschaftshaus, Grosser Saal, 1. Stock, 20 Uhr

IMPRESSUM

SP Basel-Stadt
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
T/F 061 685 90 20/29
sekretariat@sp-bs.ch
www.sp-bs.ch

SP Baselland
Rheinstrasse 17, Postfach, 4410 Liestal
T/F 061 921 91 71/68 71
info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch

Interner Redaktionsschluss:
Mittwoch, 4. Februar 2010



«Die Deutungshoheit über die aktuellen politischen Herausforderungen zurückgewinnen»: Gastreferent Thomas Christen, Generalsekretär der SP Schweiz.



Der junge Ostschweizer Slampoet Renato Kaiser unterhält die SP-Mitglieder am Parteitag mit einer fulminant-satirischen Rede «zur Lage der Nation».

KANTONALER PARTEITAG DER SP BASEL-STADT IN RIEHEN

«Die SP im Aufbruch»

Die Riehener Gesamterneuerungswahlen und die Herausforderungen künftiger Gesundheits- und Spitalpolitik waren die thematischen Schwerpunkte am Parteitag der SP Basel-Stadt vom 6. Januar in Riehen. Dieter Wüthrich

«Wir haben viel erreicht in unserer neuen Rolle als Regierungsmehrheit. Haben wir uns deshalb sogar schon zu sehr daran gewöhnt?» Diese Frage stellte Parteipräsident Martin Lüchinger an den Anfang seiner Rede zum Parteitag. Und gab auch gleich die Antwort, warum dieser das Motto «Die SP im Aufbruch» trug. «Angesichts der neuen Kräfteverhältnisse im Grossen Rat seit den Wahlen 2008 müssen wir weiterkommen und unser Profil schärfen.» Einerseits strebten die bürgerlichen Parteien eine drastische Reduktion der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung an, andererseits forderten die gleichen Parteien dauernd weitere Steuergeschenke an die ohnehin schon Privilegierten ein. Weitere Steuersenkungen würden indessen zwangsläufig dazu führen, dass dem Staat die notwendigen Mittel entzogen würden, um seine Kernaufgaben in den Bereichen des Gesundheitswesens, der

sozialen Sicherheit und der Bildung wahrzunehmen. «Dagegen müssen und werden wir uns als SP mit aller Kraft wehren.»

Der Aufbruch der Partei werde indessen nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es der SP wieder besser gelinge, die Menschen mit einer klaren und einfachen, aber nicht vereinfachenden Sprache von ihrer Politik zu überzeugen, mahnte der Parteipräsident abschliessend.

«Der Kampf um die Deutungshoheit»

In eine ähnliche Richtung zielten die Ausführungen von Gastreferent Thomas Christen, Generalsekretär der SP Schweiz. «Wenn wir auf den aktuellsten Sorgenbarometer schauen, sind es vier Themen, welche die Leute am meisten beschäftigen: Arbeitslosigkeit, Gesundheitswesen, Altersvorsorge und soziale Sicherheit.» Gleichwohl sei vor allem

das Thema «Ausländer» in den Medien omnipräsent. Es sei deshalb Aufgabe der SP aufzuzeigen, dass die wahren Probleme in einer Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen, welche den Menschen schleichend den Boden unter den Füssen wegzieht. Vor allem aber müsse es der Partei gelingen, «die Deutungshoheit über die aktuellen Herausforderungen, über die Fragen und Antworten der aktuellen Zeit wieder zu erlangen».

Stimmungsbild zum Gesundheitswesen

In zwei Grundsatzreferaten skizzierten SP-Nationalrätin Silvia Schenker und SP-Grossrat Philippe Macherel die Rahmenbedingungen künftiger nationaler und kantonaler Gesundheits- und Spitalpolitik. Im Fokus ihrer Ausführungen standen dabei insbesondere der Vorschlag der SP Schweiz zur Schaffung einer Einheitskrankenkasse, das System der so genannten «Managed care» (Vernetzung medizinischer Dienstleister) sowie die mögliche Auslagerung der staatlichen Spitäler in Basel-Stadt aus der kantonalen Verwaltung. Anhand eines Chancen-Ri-

siken-Profiles nutzten die Parteimitglieder die Möglichkeit, ihre Haltung zu den drei Themen zu definieren. Diese Meinungen der Basis sollen nun als Gedankenanstösse in die weitere Debatte zur Gesundheits- und Spitalpolitik in den verschiedenen Parteigremien einfließen.

Eine Plattform für die Lokalpolitik

Aus aktuellem (Wahlkampf-)Anlass nutzte auch die SP Riehen die Plattform des kantonalen Parteitages. Gemeinderätin Irène Fischer und Gemeinderatskandidat Roland Lötcher vermittelten ihren Parteikolleginnen und -kollegen aus der Stadt einen informativen Überblick über die aktuellen Themen der Riehener Lokalpolitik. Besondere Erwähnung fand dabei das Projekt eines Naturbades an der Wiese als Ersatz für die alte Riehener Badi.



Dieter Wüthrich
Co-Leiter Parteisekretariat
SP BS